Nr. 202. XXIII. Jahrgang. Dresden, 1878. Sonntag, 21. Juli.

erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München, — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: große Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Einsendung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schlossstrasse 14, gegenüber der Sporergasse.
An- und Verkauf aller Arten **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien, Prioritäten, Banknoten** etc.
Auszahlung aller Coupons. — Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere.

Angenehmster Aufenthalt für Einheimische und Fremde.
RESTAURANT ZUM ENGLISCHEN GARTEN
Waisenhausstr. 14 u. Maximilians-Allee, n. d. Börse. Feinste Bedienung, vorzüglichste Speisen u. Getränke.

Die Witterungs-Aussichten nach dem Meteorologischen Bureau zu Leipzig für heute den 21. Juli lauten: Warm; meist heiter. Trocken; mäßige nördliche bis östliche Winde.

Politisches.

Fehlte noch Etwas zu den Triumphen, welche Beaconsfield jetzt in seinem Heimathland feiert, so schafft dieses die nörgelnde Kritik der whigistischen Opposition herbei. Die Einwendungen, welche die liberalen Lords des Oberhauses gegen den Vertrag von Berlin und die Erwerbung Cyperns erheben, sind im Ganzen so kleinlich, daß aus ihnen unschwer der persönliche Aerger darüber herauszuhören ist, daß es nicht einem Whig- sondern einem Tory-Kabinet vergönnt war, den Dreizack der meergewaltigen Britannia über den Erdball zu schwingen. Wie jedem menschlichen Unternehmen, haftet auch der jetzigen britischen Machtentfaltung, welche alle Welt blendet, die Engländer entzückt, ihre Gegner erschüttert, ihr „Aber" an. Auch der Erwerb von Cypern und die Inpachtnahme der asiatischen Türkei werden ihre Schattenseiten haben; heute jedoch fragt im ganzen „lustigen Alt-England" Niemand noch nach diesem „Aber." Die Vermehrung des stehenden englischen Heeres um 30,000 Mann, demnächstige Anleihen zu Befestigungs- und allerhand Kolonisationszwecken, künftige kriegerische Verwickelungen — alle diese nahen oder fernen Perspektiven gehen unter in dem Jubel über die aufleuchtende Größe Englands. Der Tageslöwe Beaconsfield feiert nicht blos den Triumph als Staatsmann, sondern auch als Dichter und Prophet. Denn muß es nicht mit Staunen alle Zeitgenossen erfüllen, daß vor 30 Jahren Benjamin Disraeli am Beginne seiner politischen und schriftstellerischen Laufbahn in seinem Romane „Tancred" wörtlich schrieb: „The English want Cyprus and they will take it as a compensation" (die Engländer brauchen Cypern und sie werden es als Ersatz nehmen) und daß er 30 Jahre später als Premierminister Beaconsfield seine damals ungeheuerliche Prophezeiung selbst erfüllte? Aber der gefeierte Kongreßsieger saugt nicht länger als einen Tag mit vollen Nüstern den Weihrauch ein. Er berauscht sich nicht so, um nicht die Zukunft zu bedenken. Wichtiger als die Begeisterungsausbrüche dünken ihm die grollenden Stimmen, die sich auch aus den Jubelhymnen heraus vernehmen lassen. Seine Gegner organisiren Volksversammlungen, welche Adressen folgenden Inhaltes beschließen:

„Die Versammlung bittet das Haus der Gemeinen gegen Lord Beaconsfield das gerichtliche Verfahren einzuleiten, wegen seiner verbrecherischen Nachsicht mit Rußland, durch welche er, dem Völkerrecht und der Heiligkeit der Verträge zum Trotz, Großbritannien zum Mitschuldigen Rußlands macht, nicht allein in Bezug auf die Theilnahme an der Verschwörung gegen die Existenz des ottomanischen Reiches, sondern auch in Betreff der Betheiligung an der Beraubung desselben durch seine perfiden Alliirten."

Wenn in Deutschland in einer Volksversammlung dergleichen Beschlüsse gegen eine Regierung beantragt würden, so würden sofort Dutzende von Hochverrathsprozessen angestrengt. Anders in England. Beaconsfield löst das Unterhaus, obwohl er in ihm über eine starke und durch seine Erfolge festgekettete Mehrheit verfügt, auf, um dem Volke Gelegenheit zu bieten, über seine Politik zu Gericht zu sitzen. Er hofft dabei, und mit gutem Grunde, daß eine noch viel stärkere und festere konservative Mehrheit ins Unterhaus zurückkehrt, um dem Tory-Kabinet auf weitere 7 Jahre die Leitung der Staatsgeschäfte zu sichern.

Auch ein solcher Grund zur Auflösung der Volksvertretung trägt eine echt englische Physiognomie und ist himmelweit verschieden von dem Grunde, aus dem bei uns in Deutschland Neuwahlen zum Reichstage ausgeschrieben wurden. Immer klarer erkennt man, daß nicht eigentlich die Abneigung gegen die Socialdemokratie und der Erlaß von Gesetzen gegen die Agitationen dieser Partei, sondern die projektirte Mehrbesteuerung um 200—300 Millionen der Grund für die Reichstagsauflösung war. Denn es liegt auf der Hand, daß, wenn der Reichstag unmittelbar nach dem Nobiling-Attentate wieder einberufen worden wäre, in der ersten Volksaufwallung über jene verruchte That die wieder in Berlin zusammentretenden Abgeordneten im Gegensatze zu ihrer Abstimmung über das Hödelgesetz, diesmal die Reichsregierung mit ausgedehnten Machtvollkommenheiten ausgestattet hätten, ausgedehnteren vielleicht, als der neugewählte Reichstag bewilligen wird. Entschloß man sich in Berlin nicht zu dieser Berufung des alten, sondern zur Wahl eines neuen Reichstages, hatte man eben seine besonderen Gründe dazu.

Es ist daher eitel Heuchelei, wenn jetzt die nationalliberalen Blätter, gegen deren Partei täglich das grobe Geschütz der Reptilienpresse aufgefahren wird, sich ganz verwundert stellen und nicht zu wissen vorgeben, worum es sich eigentlich handelt. Dabei antwortet die in ihrer Existenz bedrohte nationalliberale Partei auf die Angriffe in einer Sprache, wie sie dem galligsten Reichsfeind nicht schärfer aus der Feder fließen könnte. Lasker's Leib- und Magenblatt fabelt von einer „abnehmenden Kraftfülle und Frische des Kanzlers", was bekanntlich gar nicht wahr ist; dann stichelt er darauf, „daß man nur einen solchen Reichstag gebrauchen könne, der niemals ernstlich unbequem werde", daß „ein geschäftiger Dilettantismus dem leitenden Staatsmanne vom Tabaksmonopol goldene Berge verspreche", daß „jetzt eine persönliche Politik in Deutschland herrsche, die über das letzte wirksame Hinderniß hinweg zur alleinigen Geltung gebracht werden solle", daß „die innere Politik des Fürsten Bismarck ein unberechenbares, meist sogar ungreifbares Etwas sei", daß „am Steuerruder des Staates zwar eine starke, aber auch eine stetige und besonnene Hand von Nöthen sei und die Kraft allein es nicht thue." Diese Vorwürfe, von denen sich Jedermann selbst sagen möge, wie weit sie begründet sind, sollten doch, meinen wir, dahin führen, daß der Nationalliberalismus die Gefolgschaft dem Fürsten Bismarck rund heraus aufkündige. Aber nein! In demselben Athem wird versichert, man müsse den Kanzler unterstützen. Kann man es dem energievollen Bismarck verargen, wenn er sich mit Abscheu von dieser Zweiseelenpartei abwendet? Wir meinen, ein künftiger Reichstagsabgeordneter thut seine Pflicht gegen Reich und Volk, wenn er die Reichsregierung in Allem unterstützt, was sie zur Reinigung der sittlichen Grundlagen des Volkslebens von den wüsten Auswüchsen der Neuzeit begehrt, was sie zur Herbeiführung solider Zustände in den Gewerben thut, was sie zur Hebung der nothleidenden Industrie plant. Er thut aber auch genau so seine Pflicht, wenn er Nein zu Allem sagt, was darüber hinausgeht, die Steuerlast und damit die Unzufriedenheit vermehrt und auf Kosten der Volksfreiheiten eine irgendwie geartete Diktatur etablirt. Senden wir Männer, nicht Bedientenseelen, in den Reichstag! Und, beeilen wir uns beizufügen, männliche Charaktere finden sich ebenso in der Fortschrittspartei wie bei den Strengkonservativen; nur bei den Nationalliberalen und ihren verwandten freikonservativen Genossen vermißt man sie. Jetzt eben macht Bismarck Miene, das Reichseisenbahnprojekt zu verwirklichen, indem der Handelsminister Achenbach einflußreiche, zum Druck auf die Mittelstaaten besonders geeignete preußische Privatbahnen ankauft. Das Reichseisenbahnprojekt ist im Anzuge! Die sächsischen Konservativen werden, wie wir hören, es auf's Schärfste bekämpfen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 20. Juli. Der Kaiser unternahm heute Nachmittags 3 Uhr die erste Spazierfahrt.

Berlin, 20. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wie zuverlässig verlautet, gedenkt der Kaiser, sobald die Witterung es irgend gestattet, Aufenthalt in Babelsberg zu nehmen. Darüber hinaus, namentlich über eine etwaige Kur in Teplitz oder Gastein, sind noch keinerlei Entschließungen gefaßt, welche wesentlich von der Genesung des Kaisers, namentlich von der Zunahme des Kräftezustandes abhängen dürften. Dasselbe Blatt bemerkt gegenüber der Meldung einiger Blätter aus Kiel über das Urtheil der Havarie-Kommission, betr. den Untergang des „Großen Kurfürst" zur Richtigstellung, daß in Berlin die bezüglichen Verhandlungen noch nicht eingegangen, jene Mittheilungen daher, falls sie richtig, nur auf einem Akte der Indiscretion beruhen können. Dieselbe ist jedoch insofern bedeutungslos, als erst auf Grund der Voruntersuchung das weitere gerichtliche Verfahren eingeleitet werden kann.

Kiel, 20. Juli. Die Nachricht mehrerer Blätter von der Freisprechung der bei der Katastrophe des „Großen Kurfürsten" betheiligten Offiziere durch die Havarie-Kommission ist unrichtig. Die Havarie-Kommission hat lediglich ein technisches Gutachten erstattet; Dasselbe liegt dem Stationschef vor und geht dann an die Admiralität. Authentisches über den Inhalt des Gutachtens ist nicht bekannt.

Locales und Sächsisches.

— Der Ortsausschuß für die „Wilhelms-Spende", an dessen Spitze sich Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel befindet, richtet an alle Einwohner unserer Stadt, welchen die von ruchloser Hand verletzte Person unseres Kaisers Wilhelm theuer ist, die Bitte, an den patriotischen Sammlungen für die Wilhelms-Spende, welche nur noch Sonntag, 21. d. Mts., und Montag, 22. d. Mts., stattfinden, durch ihre Unterschrift und einen, wenn auch noch so kleinen Geldbeitrag zu Ehren unserer Stadt sich zu betheiligen. Die Hauptsammelstelle in der Hausflur des Altstädter Rathhauses ist von früh 7 Uhr bis Abends 10 Uhr geöffnet, aber auch in allen Theilen der Stadt befinden sich zahlreiche Sammelstellen.

— Landtag. Gestern hielt die 1. Kr. eine kurze Sitzung ab. Die 2. Kr. hatte den Gesetzentwurf über Zwangsvollstreckungen wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen insofern abgeändert, als sie den Gemeinden überlassen will, die betreffenden Zwangsvollstreckungen durch einen Executivbeamten oder durch Gerichtsvollzieher vollziehen zu lassen (während der ursprüngliche Entwurf die ausnahmsweise Besorgung der fraglichen Vollstreckungen an die Ermächtigung des Justizministeriums knüpft). Mit dieser Abänderung war die 1. Kr. nicht einverstanden, ebenso lehnte sie den auf Erlaß einer angemessenen Taxe gerichteten Antrag der 2. Kr. ab (Ref. v. Criegern). Dagegen wurde im Einverständniß die Regierung ermächtigt, auf dem Verordnungswege eine Bestimmung zu erlassen, wonach Ziemer auch ferner Gegenstand des Jagdrechts sein, aber in der Zeit vom 1. März bis zum 15. Nov. geschont werden sollen (Ref. Clauß). Endlich wurde, gleichfalls nach dem Beschlusse der 2. Kr., die Regierung zum Verkaufe von militärfiskalischem Areal in Dresden ermächtigt. Die Petition des allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden um Aufhebung der Vermiethung der Kasernen zu Familienwohnungen ließ man auf sich beruhen. Der Referent v. d. Planitz bemerkte, daß nicht durch die Kasernenvermiethung, sondern durch die allgemeine Noth der Zeit das Leerstehen so vieler Wohnungen veranlaßt sei.

— Die Finanzdeputation der 1. Kammer hat sich über die Eisenbahnankäufe wie folgt schlüssig gemacht: einstimmig wird der Erwerb der Göltzsch-Gerace und Annaberg-Weipert, sowie gegen je 2 St. der Ankauf der Chemnitz-Würschnitzer und der Muldenthalbahn empfohlen. Die Erwerbung der noch auszubauenden Linie Mehltheuer-Weida wird nur von 2 Mitgliedern befürwortet.

— Da der erste Vortrag des Kandidaten für Neustadt-Dresden, des Generalstaatsanwalts Dr. v. Schwarze, in einigen Punkten einer Ergänzung bedurfte, auch mehrere Deputationen seitens der in dem Wahlkreise sehr stark entwickelten Tabakindustrie in der Wohnung des Herrn Kandidaten erschienen waren, um denselben über seine Stellung zur Monopolfrage zu examiniren, so hielt derselbe am Freitag Abend in Lassert's Etablissement eine zweite Wahlrede. Es waren mehr als 500 Wähler anwesend, der Saal und alle Galerien dicht gefüllt, auch die Socialdemokratie war stark vertreten. Die Bildung des Büreaus ging rasch von Statten; Konrektor Richter wurde als Vorsitzender, Major a. D. v. Unger als Stellvertreter, Schuldirektor Kretzschmar als Schriftführer gewählt. Darauf hielt Dr. v. Schwarze einen ausführlichen, an vielen Stellen von lebhaftem Beifall begleiteten, am Schlusse mit langen, stürmischen Zurufen gelohnten Vortrag. Die Socialdemokraten bewahrten selbst da, wo sich der Redner gegen ihre Umtriebe in scharfen Ausdrücken wandte, ihre vollständige Ruhe. Redner ging zunächst auf die soziale Frage ein, unterschied die Ziele der sozialdemokratischen Partei scharf von deren Agitationsweise, erkannte das Berechtigte einiger Bestrebungen derselben an, verurtheilte jedoch unumwunden ihre Kampfesart. Auf die von den Sozialdemokraten angegriffenen Institutionen der Familie, des Privateigenthums und den jetzigen Arbeitsvertrag übergehend, verbreitete er sich ausführlich über das, was der letzte Reichstag in der Gewerbeordnungsfrage zu Gunsten der arbeitenden Klassen gethan. Es sei jetzt nicht beabsichtigt, gegen die Anhänger der Sozialdemokratie als solche vorzugehen, sondern nur die Quellen zu stopfen, aus denen die gewissenlose Vergiftung des Volksgeistes fließt. Redner ist für Einführung gemäßigter Schutzzölle, auch persönlich kein Freund des Tabaksmonopols, so lange nicht nachgewiesen sei, daß nicht unbedingt eine andere Art der Höherbesteuerung des Tabaks möglich sei. Das Tabaksmonopol würde eine Unzahl wirthschaftlicher Existenzen vernichten, auch nicht einmal sofort eine große Rente liefern. An den Vortrag knüpften sich lebhafte Debatten. Die Sozialdemokraten interpellirten den Kandidaten über eine Unzahl Dinge und unterzogen einzelne seiner Behauptungen der schärfsten Kritik, wobei sie jedoch die parlamentarischen Formen streng wahrten. Dr. v. Schwarze stand in allen Punkten Rede; seine Antworten waren in der Form verbindlich, in der Sache entschieden. Es ging aus den Anfragen der Sozialdemokraten hervor, welche falsche Auffassungen über einzelne Gesetze, z. B. das wohlthätige Haftpflichtgesetz, über die Ursachen der jetzigen Stockung in Handel und Gewerbe, über die Stellung der Arbeiter zum Kapital sich in einzelnen Köpfen festgesetzt haben und daß die auf mißverständliche Auffassung nationalökonomischer Schriften gegründeten, der jetzigen Gesellschaftsordnung feindlichen Anschauungen tief wurzeln. Dr. v. Schwarze's schlagende Entgegnungen fanden lebhaften Beifall; der Versammlung votirte ihm zum Schlusse ihren Dank.

— Zur Wahlbewegung in Sachsen. Im 2. Wahlkreise (Löbau) hat Herr Fabrikant Th. Ziesche in Schönbach zu Gunsten des Fabrikbesitzer Emil Grützner in Heinitz bei Bautzen auf ein Reichstagsmandat verzichtet. Herr Grützner ist ein Mann von reicher Erfahrung und vielen Kenntnissen volkswirthschaftlicher Natur; er ist ein Ehrenmann und man rühmt seine Energie, die er zu Gunsten der nothleidenden vaterländischen Industrie wie der Landwirthschaft geltend machen wird. Ihn empfehlen insbesondere die Leinen-Industriellen, die in der Lausitz eine bedeutsame Rolle spielen. Man emanzipirt sich in Löbau von den Befehlen des bekannten nationalliberalen Advokaten und Falseurs; man sieht ein, daß für Fabrikanten, Kaufleute und Landwirthe nicht immer dienlich ist, was den Advokaten in den Kram paßt. Die Kandidatur des Prof. Frühauf in Berlin hat gar keine Aussichten, da derselbe bei der mittlerweile verkrachten Berliner Gründung der Aktiengesellschaft Renaissance thätig war, an der viele Leute aus dem Wahlkreise Alles verloren haben. — Im Wahlkreise Dresden-Neustadt-Radeberg hat der Abg. Philipp darauf verzichtet, dem Generalstaatsanwalt v. Schwarze entgegenzutreten. Die Wahl des Letzteren ist gesichert, da das Landvolk Mann für Mann für Schwarze stimmt. — Durch Verzicht des Abg. Scheller auf ein Mandat im Wahlkreise Meißen-Großenhain hat der bisherige Vertreter Abg. Richter-Tharandt Oberwasser erhalten. Er wird den Sozialdemokraten mit großer Mehrheit schlagen. Das maßvolle Auftreten des in volkswirthschaftlichen Dingen wohl erfahrenen Prof. Richter hat die Industriellen, die in letzter Stunde etwas schwankten, für ihn gewonnen; der Stimmen der ackerbautreibenden Bevölkerung war er längst sicher. — Im 23. Wahlkreise (Vogtland) ist trotz des Auftauchens der nationalliberalen Kandidatur des Pastor Landmann die Wiederwahl des Geh. Rath Meusel in Dresden gesichert. Jener aus Hessen hierher versetzte Geistliche kann sich in Bezug auf Kenntniß der Verhältnisse des Volks nicht entfernt mit dem reichen Schatz von Erfahrungen Meusels messen. Man findet es gar nicht in der Ordnung, daß ein Geistlicher von der Kanzel in den Streit der Parteien hinabsteigt.

— Ueber den endlichen Witterungsumschwung, der sich gestern vollzogen hat, wird ganz gewiß Niemand glücklicher sein, als die Obererzgebirger, die nunmehr schon seit drei Wochen an der Heuernte laboriren und denen durch die fortwährenden nassen Niederschläge mindestens der fünfte Theil des Ertrags ihrer schönen Wiesen und Feldraine so gründlich verdorben worden ist, daß sie mit demselben thatsächlich nichts Besseres anzufangen wußten, als ihn in die Düngergrube zu fahren. Hoffentlich tritt nun auf längere Tage hinaus warmes und sonniges Wetter ein, welches den bis jetzt arg geschädigten Leuten möglich macht, das noch auf dem Stocke anstehende Grad glücklich unter Dach und Fach zu bringen.

— Die Verbesserungs- und Platzvermehrungsarbeiten im Altstädter Königl. Hoftheater sind zum Theil bereits vollendet, zum Theil ist man mit aller Energie dabei, um bis nächsten Sonnabend fertig zu werden. Die Bühnenrampe am Orchester ist der außerordentlich großen Ausweitung, welche sie hatte, beraubt und so verflacht worden, daß man in Folge des gewonnenen Raumes (im Mittel ca. 1½ Meter) im Parquet noch eine Bank anbringen konnte, die auch 23 Plätze enthält. Das Orchester ist dadurch eben nicht etwa kleiner als es erst war geworden, trotzdem ist die neue Bank so eingerichtet, daß bei großen Opern, welche die Vergrößerung des Orchesters erfordern, die Bank sofort herausgenommen werden kann. Außerdem ist an den Sitzreihen im Parquet zu beiden Seiten je ein Stuhl angeschuht worden, was wiederum 28 neue Plätze giebt. Das Stehparterre ist in der schon früher angedeuteten Weise an Stelle der bisher da gewesenen zwei hinteren Parquet-Querlogen, unterhalb der großen Königsloge, errichtet worden; die Seitenwand, welche die beiden Logen trennte, ist natürlich herausgenommen. Die beabsichtigte Auswechslung der in den Parquetlogen durch die bauschigen Knäufe störenden eisernen Säulen hat sich jetzt noch nicht bewerkstelligen lassen. Im dritten Rang hat man dadurch Plätze gewonnen, daß in den Mittellogen anstatt 2 nun 3 Reihen Stühle gestellt wurden. An der Außenseite des Theaters, nach Hotel Bellevue zu, sind gegenwärtig die Feuerungsanlagen blos gelegt; man ist dabei, für die Feuerungsleute mehr Raum zu gewinnen. Auch werden andere Roste und andere Kanäle gelegt, wodurch man den bisherigen Rauchbeiständen abzuhelfen hofft. Für die Essen liegen bereits Blechhauben da, die in diesen Tagen angebracht werden.

— Die Exkursion des Gewerbe-Vereins am 18. Juli war überaus interessant und lohnend. Man besichtigte zunächst das neue Feuerwehr-Depot und den städtischen Marstall am See, woselbst die Herren Stadtrath Teucher und Feuerlösch-Direktor Ritz die Exkursionen begrüßten. Die trefflichen Apparate ꝛc., sowie die mit größter Sicherheit ausgeführten Uebungen befestigten in Jedem die bereits feststehende Meinung, daß Dresden gegen Feuersgefahr in trefflicher Weise geschützt sei. Die Kupferwaarenfabrik des Herrn M. Eckardt, jetzt Falkenstraße, früher Badergasse 10, besteht bereits über 100 Jahre. Der Besitzer ist Inhaber eines Patents zur alleinigen Fabrikation der Lawrence'schen Kühlschiffapparate für Deutschland, Oesterreich, Schweiz und Rußland. Die Fabrik liefert jährlich über 150 Stück größere Bierkühlapparate und 200 Stück Milchkühler, doch kann in Folge Neubaues die Produktion auf das Doppelte gesteigert werden. Beschäftigt werden zur Zeit 35 Arbeiter. Bierkühlapparate der